

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verantwortung für eine artgerechte Tierhaltung übernehmen: Berlin stärkt die Verbraucherinnen und Verbraucher

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. den Landwirtschaftsstaatsvertrag zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg dahingehend zu ergänzen, dass die artgerechte Haltung von Nutztieren in der Region gefördert wird;
2. einen „Runden Tisch gegen Massentierhaltung“ mit VertreterInnen aus Landwirtschaft, LebensmittelproduzentInnen und LebensmittelhändlerInnen, Verbraucher- und Tierschutzverbänden einzurichten, mit dem Ziel, für Berlin wirksame Maßnahmen zur Förderung artgerechter Haltungsbedingungen zu entwickeln;
3. die BerlinerInnen in einer breit angelegten Aufklärungskampagne über die Risiken und Nebenwirkungen der Massentierhaltung aufzuklären, insbesondere über
 - die Haltungsbedingungen in der Massentierhaltung und die Behandlung der Tiere bei Tiertransporten und auf Schlachthöfen;
 - die gesundheitlichen Risiken durch multiresistente Keime aufgrund des massenhaften Einsatzes von Antibiotika;
 - die lokalen und globalen Folgen der Massentierhaltung für Natur, Umwelt und Klima.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. November 2015 zu berichten.

Begründung:

Die konventionelle Massentierhaltung hat auf lokaler und globaler Ebene weitreichende Folgen für Umwelt, Natur und die Gesundheit.

Die Haltungsbedingungen der Tiere in der Massentierhaltung sind nicht akzeptabel und wurden in den letzten Jahren zurecht immer wieder angeprangert. Es ist ethisch nicht vertretbar, dass die Billigfleischproduktion mit dem Leiden von Millionen Tieren erkaufte wird. Tiere in der Massentierhaltung entwickeln Verhaltensstörungen und können die beengte und stressige Haltung ohne den vermehrten Einsatz von Antibiotika nicht überleben. Mit schmerzhaften Prozeduren werden die Tiere den beengten Haltungsbedingungen angepasst. So werden beispielsweise Rinder mit einem Brenneisen enthornt und Hühnern die Schnäbel gekürzt, um Verletzungen und Kannibalismus zu vermeiden. Schweinen werden ohne Betäubung die Schwänze kupiert, damit sie sich in der Enge des Stalls nicht die Schwänze abbeißen und zudem männliche Ferkel ohne Betäubung kastriert, um einen zu strengen Geschmack des Fleisches zu verhindern. Bestandteil des Systems "Massentierhaltung" sind auch Tiertransporte über viele Stunden, sogar Tage in engen Transportern und die Akkordschlachtung, bei der ca. 10 % aller Tiere nicht ordnungsgemäß betäubt werden und ihre Tötung bei vollem Bewusstsein erleben müssen. Die Billigfleischproduktion darf nicht länger mit Tierquälerei erkaufte werden.

Ein gravierendes gesundheitsrelevantes Problem stellen die Rückstände von Antibiotika, in manchen Fällen sogar Reserve-Antibiotika im Fleisch dar, welche ein Großteil der Tiere über das Futter aufnehmen. Sie schaffen zunehmend Resistenzen gegen Antibiotika und verhindern im schlimmsten Fall die Wirkung von Antibiotika bei einer Erkrankung. Ein weiteres Problem sind die sogenannten multiresistenten Keime, die ebenfalls über den Kontakt mit Fleisch übertragen werden können. Besonders oft weisen ArbeitnehmerInnen in landwirtschaftlichen Betrieben diese Erreger auf, da sie tagtäglich mit den Tieren in den Mastanlagen in Kontakt kommen. Aber auch bei der Zubereitung solchen Fleisches kann zu Infektionen kommen, bei denen den Betroffenen nur mit einem Reserveantibiotikum, oft aber auch gar nicht mehr geholfen werden kann, so dass solche Infektionen immer öfter tödlich enden. Bis zu 50.000 Todesopfer fordern multiresistente Keime mittlerweile jährlich.

Die Haltung von Tieren in großen Massentieranlagen hat neben den Folgen für die Gesundheit auch Konsequenzen für die Umwelt, die Natur sowie das Klima. Inzwischen ist die Fleischproduktion für 18 % der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich und macht damit einen größeren Anteil als verkehrsbedingte Emissionen aus.

Dort, wo Massentieranlagen stehen, fallen Unmengen Gülle und eine große Menge an Treibhausgasen an. Die Flächen auf denen die Gülle ausgebracht wird, sind regelmäßig zu klein. Die hohen Stickstoff-Konzentrationen in der Gülle führen zur Überdüngung der Ackerböden mit negativen Folgen für die Qualität des Ackerbodens und für viele Tier- und Pflanzenarten. Gravierende Folgen für das Grundwasser haben Einträge des krebserregenden Nitrats, das mit der Gülle durch den Boden in tiefere Schichten sickert. So weist das Grundwasser in Regionen mit Mastanlagen regelmäßig hohe Nitratbelastungen auf. Trinkwasserbrunnen mussten aufgrund dieser Grundwasservergiftung bereits geschlossen werden.

Auch in Brandenburg wollen daher immer mehr Menschen einen Ausstieg aus der Massentierhaltung und haben ein Volksbegehren initiiert. Letztlich bestimmen aber auch die VerbraucherInnen in Berlin maßgeblich mit, welche Art von Landwirtschaft betrieben wird.

Mit einer Aufklärungskampagne kann und soll der Senat maßgeblich Einfluss auf das Ernährungsverhalten der BerlinerInnen nehmen und somit auf die Abschaffung der Massentierhaltung mit ihren negativen Folgen hinzuwirken.

Berlin, den 9. Juni 2015

Pop Kapek Hämmerling Dr. Altug
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN